



**Niedersächsisches  
Finanzministerium**

23. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages ► TOP 3-5

---

**Abschließende Beratung:**

**Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Niedersachsen, dem Land Sachsen-Anhalt und dem Land Mecklenburg-Vorpommern über die Norddeutsche Landesbank - Girozentrale -**

Gesetzentwurf der Landesregierung – Drs. 18/5174

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen – Drs. 18/5337

**Entwurf eines Gesetzes zum Zweck der nachhaltigen Ausrichtung der Norddeutschen Landesbank - Girozentrale -**

Gesetzentwurf der Landesregierung – Drs. 18/5173

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen – Drs. 18/5338

dazu gemäß § 23 Abs. 1 S. 2 GO LT:

**Nord/LB: Vor Abstimmung über Nord/LB-Gesetz Transparenz herstellen und Landeshaushaltsordnung wahren**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. – Drs. 18/5356

**Zukunft für die NORD/LB ohne frisches Steuergeld**

Antrag der Fraktion der FDP – Drs. 18/831

**Eigenständige und starke Braunschweigische Landessparkasse in kommunaler Trägerschaft auf den Weg bringen**

Antrag der Fraktion der FDP – Drs. 18/3038

**NORD/LB: Erfolgsabhängige und fixe Vergütung des Vorstands reformieren**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs. 18/4392

**NORD/LB: Stille Gesellschafter und Nachrangkapital dürfen bei Sanierung nicht freigestellt werden**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs. 18/4393

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen – Drs. 18/5339

**Rede des Niedersächsischen Finanzministers Reinhold Hilbers**

am 16.12.2019 im Niedersächsischen Landtag

*- Es gilt das gesprochene Wort -*

# NORD/LB

## Werterhalt und aktive Wirtschaftspolitik

—

### Die umsichtige Neuaufstellung der NORD/LB im Interesse des Steuerzahlers

Anrede,

im Bankenwesen, hat ein schlauer Berliner Bankier vor 100 Jahren sinngemäß gesagt, im Bankenwesen lernt man als erstes den Respekt vor großen Zahlen. Ich stelle diese Gedanken an den Anfang, weil ich Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, in den nächsten Minuten darlegen möchte, dass die niedersächsische Landesregierung und insbesondere auch das Finanzministerium in den vergangenen Monaten mit einem gehörigen Respekt vor großen Summen agiert haben.

Bei der NORD/LB geht es um viel Geld. Und gleichzeitig um eine der größten Beteiligungen des Landes Niedersachsen.

Fünf Ziele waren von Beginn an die Eckpfeiler:

1. Wir brauchen eine marktkonforme, beihilferechtlich unbedenklich Lösung.
2. Grundsätzlich, aber auch aus wettbewerbsrechtlichen Erwägungen darf eine Neuaufstellung nicht aus Steuersubventionen finanziert werden
3. Wir wollen nicht irgendeine Bank retten, sondern Werte des Landes erhalten und steigern.
4. Wir wollen eine nachhaltige Zukunft für die Bank und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Und
5. Wir wollen, sofern möglich, über eine eigene Landesbank auch weiterhin aktive Wirtschaftspolitik zum Wohle unseres Landes gestalten.

Auch wenn es sich im ersten Augenblick wie die Quadratur des Kreises anhört, kann ich hier heute vor Ihnen stehen und sagen: Es ist uns alles geglückt. Unser Konzept erfüllt alle unsere Anforderungen.

Wir stehen jetzt kurz vor dem Ziel. Wenn heute alle Gesetze beschlossen und Beschlüsse gefasst werden, die Gremien der anderen Träger zustimmen – soweit das noch nicht geschehen ist – kann die Restrukturierung noch in diesem Jahr vorgenommen werden.

Die wichtigste Nachricht dazu haben wir am 5. Dezember abends aus Brüssel erhalten. Die EU-KOM hat unser Konzept auf ganzer Linie bestätigt! Zitat: *„Die Kommission gelangte zu dem Ergebnis, dass die geplanten Maßnahmen zu marktüblichen Bedingungen durchgeführt werden, der Staat also eine Vergütung erhält, die unter denselben Umständen auch für einen privaten Kapitalgeber akzeptabel gewesen wäre. Daher stellen die Maßnahmen keine staatlichen Beihilfen im Sinne der EU-Vorschriften dar. Die Europäische Zentralbank als zuständige Aufsichtsbehörde hat das Vorhaben am 29. November 2019 genehmigt.“*

Die für Wettbewerbspolitik zuständige Vizepräsidentin der Kommission Margrethe **Vestager** erklärte dazu: *„ Das Vorhaben Deutschlands zielt darauf ab, dass die NORD/LB als stabile und rentable staatliche Bank fortbestehen kann, lässt aber die Möglichkeit einer künftigen Konsolidierung des gesamten deutschen Landesbankensektors offen. Wir haben festgestellt, dass der Staat zu Bedingungen investiert, die auch ein privater Eigentümer akzeptiert hätte; dies steht mit den EU-Beihilfevorschriften im Einklang. Bei der Prüfung wurde eng mit den zuständigen Behörden zusammengearbeitet, so auch mit der Europäischen Zentralbank.“* Zitat Ende.

Das ist eine Bestätigung aus Brüssel wie sie für eine Maßnahme dieser Art lange nicht mehr erreicht worden ist.

Und das konnte nur erreicht werden, weil wir von vorn herein an einem Plan gearbeitet haben, der ohne Steuersubventionen auskommt. Würde das vorgelegte Konzept kein entsprechendes „Return of Invest“ beinhalten, wäre sofort der Beihilfe-Tatbestand durch die Europäische Union festgestellt worden. Um es klar zu sagen: Eine rentable Lösung aus dem Beteiligungsmangement ist nicht die fixe Idee des Ministers oder der Landesregierung. Sie ist existenzielle Voraussetzung für ein Grünes Licht aus Brüssel.

Anrede,

dem Niedersächsischen Landtag liegen heute die zwei Gesetzentwürfe zur abschließenden Behandlung vor, die den Kern der Neuaufstellung der NORD/LB beschreiben. Das Gesetz zur Stärkung der NORD/LB, das verschiedene Garantiemaßnahmen beinhaltet und das Begleitgesetz zur Neufassung des Staatsvertrages. Den hat Niedersachsen mit Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern geschlossen, um neuen Trägern, etwa aus der Sparkassenfinanzgruppe, den Beitritt in die NORD/LB als Träger zu ermöglichen. Zusammen wird in den beiden Gesetzentwürfen einmal mehr deutlich, dass wir den wirtschaftlichsten Weg für das Land Niedersachsen gewählt haben.

Niemand hier in den Reihen wird bezweifeln, dass die NORD/LB schon seit Jahren unter der Krise in der Schifffahrtsindustrie leidet. Die Schuldner haben immer häufiger die Schiffskredite nicht mehr bedient. Auf Seiten der Bank führte diese Entwicklung zu erheblichen Wertberichtigungen, die von anderen profitablen Teilen der Bank kurzfristig nicht mehr ausgeglichen werden konnten. Das wiederum hatte negative Folgen für die Kapitalausstattung der Bank, die inzwischen zu einem Rating kurz über Ramschniveau führte. Halten wir also fest: Die NORD/LB, eine der wichtigsten Beteiligungen des Landes Niedersachsen, war im Kern massiv geschwächt. Werte des Landes waren in Gefahr.

Aber: Wir brauchen eine starke Bank in Niedersachsen, die zugleich verlässlicher Arbeitgeber ist. Wir brauchen eine starke Bank, die in Niedersachsen größere Unternehmen bei Investitionen unterstützt, und zur Stelle sein kann, wenn es für die Sparkassen zu groß wird. Wir brauchen eine starke Bank, die unserer Landwirtschaft, den erneuerbaren Energien und den Kommunen als Kreditgeber zur Seite steht.

Und das werden wir erreichen, indem wir jetzt die Bank neu aufstellen. Aber wichtig ist doch, dass wir nicht irgendeine Bank re-kapitalisieren. Wir zahlen Kapital ein in unser eigenes Unternehmen, weil es einen Wert hat und profitabel ist.

Ich weiß, dass es auch Kritiker gibt. Sie bemängeln, es hätte Alternativen gegeben. Aber ich frage sie: Welche Alternative soll das sein, die nicht nur den Steuerzahler extrem belastet, die gleichzeitig die Arbeitsplätze vollständig gefährdet hätte, sondern auch die wirtschaftliche Stabilität in der Region beeinträchtigt hätte?

Nicht zu handeln, abzuwarten oder sich vor der Verantwortung zu drücken, sind keine Option.

Ich möchte Ihnen sagen: Wir haben alle denkbaren Wege geprüft, sehr gewissenhaft geprüft. Gehen wir die Alternativen doch einmal durch:

Wir hätten die Bank über das Single Resolution Board abwickeln lassen können, die europäische Bankenabwicklungsbehörde. Aber: Dies hätte bedeutet, dass wir das Heft des Handelns aus der Hand hätten geben müssen. Dadurch hätten wir jeglichen Gestaltungsspielraum verloren, hätten aber über die Gewährträgerhaftung massiv zahlen müssen. Zugleich hätte dies die Sparkassen in große Bedrängnis gebracht. Sie können sich ausmalen, welche Folgen das für einige Sparkassen hätte haben können, wenn etwa daraufhin Privilegien wie die Nullanrechnung bei Krediten weggefallen wären oder der Haftungsverbund hätte antreten müssen.

Eine weitere Alternative wäre gewesen, die Bank in Eigenregie des Landes abzuwickeln. Das Ergebnis wäre dann aber gewesen: Wir hätten am Ende Garantien im zweistelligen Milliardenbereich geben müssen und unsere Beteiligung an der Bank ganz verloren. Das wäre mit immensen Kosten verbunden gewesen. Schaden vom Land abwenden – damit hätten wir es nicht erreicht.

Sehr intensiv haben wir die Möglichkeit geprüft, die NORD/LB an Privatinvestoren ganz oder teilweise zu veräußern. Die Angebote, die Ende Januar bei uns eingingen, sahen neben der Übernahme sehr hoher Portfoliogarantien noch die Übernahme von Pensionsverpflichtungen der Bank von über zwei Milliarden Euro vor. Und, das Angebot der Investmentfonds war von einer hohen Transaktionsunsicherheit geprägt.

Meine sehr geehrte Damen und Herren,

das Finanzministerium hat alle vernünftigen Alternativen für eine Zukunft der NORD/LB geprüft. Alle anderen Lösungen wären erheblich teurer und mit erheblich größeren Risiken verbunden gewesen. Wer diesen Alternativen das Wort redet, hat sich nicht vertieft mit dem Thema beschäftigt. Alle anderen Varianten wären - und ich wiederhole das ausdrücklich - erheblich teurer gewesen. Wir haben das ausführlich in der Gesetzesbegründung und in mehreren Ausschusssitzungen intensiv erläutert. Der Vorschlag der Landesregierung ist der einzige, der neben einer Lösung zur Zukunft der NORD/LB auch ein umfassendes Finanzierungskonzept enthält. Die Vorschläge der Opposition enthalten jedoch keine Finanzierungskonzepte und sind deshalb nicht tragfähig.

Immer wieder kommt auch die Frage auf, warum leistet das Land jetzt und warum werden andere Gläubiger der Bank nicht herangezogen, etwa die Inhaber stiller Einlagen. Die Antwort ist einfach: Weil die Voraussetzungen für eine automatische dauerhafte Verlustteilnahme nicht gegeben sind. Denn ein Bail-in dieser Art ist ausschließlich im Abwicklungsfall verpflichtend möglich. Der liegt aber gar nicht vor. Somit können nur freiwillige Vereinbarungen getroffen werden.

Freiwillige Maßnahmen wurden im Vorhinein intensiv mit der Bank und der Aufsicht besprochen. Bei derartigen Maßnahmen sind wir auf die Zustimmung der Aufsicht angewiesen. Aufgrund der Unterkapitalisierung der Bank hat die Aufsicht diese Möglichkeit mehrmals kategorisch abgelehnt. Insofern hätte ein Heranziehen der Gläubiger stiller Anleihen, ob durch Kündigung, oder durch Angebote, gar keinen Beitrag zur Kapitalisierung der etwas mehr als 3,6 Milliarden Euro leisten können. Sie, und das richte ich jetzt an die Grünen, wissen, dass ein solches Vorgehen in Zukunft von der Bank entschieden werden muss, da es die Refinanzierung der Bank gefährden kann. Zudem wäre es höchst insiderrelevant. Mir ist jedenfalls wichtig, dass die Bank ständig die wirtschaftlich beste Möglichkeit prüft, um die Kapitalbasis zu stärken. Damit ist die Bank auch beauftragt. Ich frage mich, warum Sie es immer wieder in der Öffentlichkeit thematisieren. Wir stehen für Transparenz und geben alle Informationen, die wir Ihnen geben können. Geht es Ihnen mit Ihrem Entschließungsantrag vielleicht wieder einmal nur um die nächste Aufregung bei Twitter oder in den Medien? Im Interesse von Bank, Land und Steuerzahlern kann das jedenfalls nicht sein.

Wir haben in den vergangenen Monaten mit der Sparkassenfinanzgruppe und den weiteren Trägern sehr intensive, oftmals harte Verhandlungen geführt. Schließlich haben diese zu einem hervorragenden Ergebnis geführt, das von der Europäischen Kommission ohne Beanstandungen als beihilfefrei anerkannt wird.

Die Bilanzsumme der Bank wird in ihrem Zielbild knapp 95 Milliarden Euro betragen. Die Kosten-Ertragsrelation, eine Kennzahl, mit der die Effizienz einer Bank gemessen wird, soll unter 50 Prozent liegen, und die Rendite der Bank nach Steuern soll 7 Prozent betragen. Und zugleich soll die Kernkapitalquote, die CET1-Quote, bei mind. 14 Prozent liegen. Dies wird Ergebnis einer deutlichen Straffung der Geschäftsfelder und der internen Geschäftsprozesse sein. Die NORD/LB wird regional fokussierter in Niedersachsen wurzeln. Die NORD/LB wird sich auf ihre Kernaktivitäten konzentrieren. Sie wird eine kleinere, weniger komplexe und fokussierte Bank.

Erreichen werden wir dieses Ergebnis durch Barkapitalbeiträge in Höhe von etwas mehr als 1,5 Milliarden Euro durch das Land Niedersachsen, von fast 200 Millionen Euro aus Sachsen-Anhalt und von mehr als 1,1 Milliarden Euro aus dem Sparkassenbereich. Zugleich steht Niedersachsen für Risikoentlastungsmaßnahmen in Höhe von 800 Millionen Euro ein. Neben dem Kauf von Toto-Lotto und der Porzellanmanufaktur Fürstenberg übernehmen wir Garantien für Portfolien der Bank.

Ich kann durchaus verstehen, dass es die Opposition bei diesem Gesamtergebnis schwer hat. Denn bei Lichte betrachtet wissen auch Sie, dass es die beste aller Lösungen ist, die hier vorgelegt wird. Und ich bin bereit, mich jeder sachlichen Auseinandersetzung zu stellen. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist wirklich unredlich, wenn behauptet wird, das Land habe ein Risiko von mehr als 6,8 Milliarden Euro. Wer das ohne detaillierte Erklärung behauptet, will nur Ängste schüren bei den Menschen und unser Land und seine wesentliche Beteiligung in Misskredit bringen. Ein bloßes Zusammenrechnen der Garantien für Kapitalbeiträge und Portfolien ergibt ein völlig unrealistisches Bild. Die Alternative zu den Garantien wären 800 Mio. Bareinlage gewesen, die wir nicht mehr hätten als wettbewerbskonform darstellen können. Das Land erhält für die Garantien ungefähr 350 Mio. Euro Vergütung. Daraus kann eine mögliche Inanspruchnahme finanziert werden. Das EU.-Schreiben bestätigt die Wirtschaftlichkeit unseres Handelns: Für die von Niedersachsen gewährten Garantien ergab die Bewertung der Kommission, dass die von der Bank gezahlten Garantiegebühren den marktüblichen Sätzen entsprechen und daher auch von einem marktwirtschaftlich handelnden Kapitalgeber akzeptiert worden wären.

Kein Privater Investor würde eine Garantie geben, wenn die Inanspruchnahme oberhalb der Garantie liegen würde.

Garantien, die wir für Portfolien der Bank geben, eine angemessene und wirtschaftliche Rendite von insgesamt 350 Millionen Euro. Diese werden wir nutzen können, um mögliche Verluste auszugleichen und zugleich die Bank weiter zu stärken.

Die Europäische Kommission hat in ihrer Entscheidung ganz klar bestätigt, dass die geplanten Maßnahmen zu marktüblichen Bedingungen durchgeführt werden, das Land Niedersachsen also eine Vergütung erhält, die unter denselben Umständen auch für einen privaten Kapitalgeber akzeptabel gewesen wäre. Das erreichen wir nur mit einem robusten Businessplan der Bank. Ich weiß, dass es auch hier Kritiker gibt. Aber ich möchte Ihnen zurufen: In diesem Business-Plan steckt so viel Sachverstand, er wurde

von den besten Bankexperten Europas mehrfach auf Herz und Nieren geprüft und durchleuchtet, durch die Europäische Kommission, durch die Bankenaufsicht, durch die alten und neuen Träger der Bank und deren Berater. Wer den Businessplan substantiell in Zweifel zieht, muss schon eine ganz besondere Expertise mitbringen. Besser als wir es getan haben, kann man einen Businessplan nicht härten.

Das Investment des Landes über diverse Garantien wird sich nach dem so mehrfach geprüften Geschäftsplan auf lange Sicht selbst rechnen. Über das Beteiligungsmanagement des Landes wird die Finanzierung der Maßnahme sichergestellt. Die Finanzierungskosten, die etwa die extra gegründete Niedersachsen Invest GmbH zu tragen hat, werden aus den Dividenden der Bank gezahlt. Das hat die Europäische Kommission auch bezüglich der internen Rendite der Investitionen des Landes festgestellt. Diese ist ebenso marktkonform und entspricht dem, wie ein privater Dritter ebenso gehandelt hätte.

Ich bin der festen Überzeugung, dass die Arbeit jetzt unvermindert weiter gehen muss. Wir werden sowohl aus unserer Beteiligungsverwaltung als auch über die Gremien der Bank konsequent Sorge dafür tragen, dass die Pläne eingehalten werden. Zum Abbau der Portfolien wird das Land einen Treuhänder einsetzen, der die Bank eng begleiten und die wertschonende Abwicklung der Portfolien überprüfen wird.

Anrede,

mir war es wichtig, Ihnen ausführlich darzulegen, dass wir in den vergangenen 14 Monaten immer den besten Weg für das Land Niedersachsen im Blick hatten. Wir legen Ihnen nun eine Lösung für die Zukunft der NORD/LB vor, die die vielschichtigen wirtschaftlichen und politischen Ziele erreicht, die ich anfangs formuliert habe.

Ich würde mich freuen, wenn dieser Zukunftsplan eine breite Zustimmung des Hauses finden würde. Denn ich bin sicher, dass wir mit unserer Entscheidung hier und heute die Grundlage für eine nachhaltige Zukunft der NORD/LB legen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.